

# Wie ein Landrat seinen gewonnenen Vertrauensbonus zu mehr Demokratie nutzen könnte

Menschen wie der Landrat des Kreises Heinsberg, Stephan Pusch – die sich in Krisenzeiten bewähren und wie Pusch, gemeinsam mit den Mitarbeitern, die richtigen Entscheidungen in der Coronazeit getroffen haben, zudem mit Augenmaß für die Zumutungen der Menschen die Einschränkungen kommunizierten und somit überzeugen konnten – die bekommen einen Vertrauensbonus seitens der Bevölkerung. Neben den akzeptierten Sachargumenten erwirbt dieser Typus des Politikers, der zudem in Persona auch Verwaltungsfachmann und Jurist ist, die Akzeptanz, dass man ihm die Sorge für die Menschen auch abnimmt. Unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit.

Wer die Menschen mitnimmt in schwierigen Zeiten, sich erklärt und im Gespräch bleibt mit den Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten und Sozialisationen, der hat den Erfolg, den auch Pusch mit seiner Wiederwahl eingefahren hat.

Nun beginnt die neue Amtsperiode und das, was beiden Seiten zugutegekommen ist im Laufe der Krise, muss nun methodisch weitergeführt und weiterentwickelt werden. Dazu gehört, dass die Entscheidungen für zukünftige Projekte im Kreis nicht nur einer bestimmten Klientel dienlich sein sollen, sondern vor allem die Kluft zwischen Arm und Reich überwinden helfen sollten. So ist ein Ausstattungsstandard in den Schulen hinsichtlich eines notwendigen und zukünftigen virtuellen Unterrichts in ähnlichen Situationen wie zuletzt erlebt, kurzfristig kreisweit zu installieren. Ebenso ist die sanitäre Infrastruktur bereit zu stellen sowie die Infrastruktur zur Umsetzung der Hygienestandards in allen Schulgebäuden zu gewährleisten. Der Kreis sollte als Leader und Initiator gerade auch für die kleineren kommunalen Einheiten

Finanzierungsmodelle vorbereiten und helfen, die Förderquellen aufzutun und die notwendigen Förderanträge zu realisieren. Zudem sollten Modelle entwickelt werden, die fehlende digitale Einrichtungen in den Haushalten alternativ ersetzen können, damit auch diese Zielgruppen an dem virtuellen Unterricht teilnehmen können.

Des Weiteren sollten Daseinsfürsorgebereiche (Wohnen, Bildung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Krankenhaus) nicht den Privatisierungsinteressenten überlassen bleiben, sondern wieder einheitlich kreisweit Gegenstand der kommunalen Trägerschaft sein.

Zukünftig sollte das Mitnehmen der Menschen bei kreisweiten Entscheidungen nicht nur in einer hoffentlich periodisch wiederkehrenden Videoansprache des Landrats stattfinden, sondern zudem in Form von Bürgerräten realisiert werden, deren wechselnde Zusammensetzung für einen Zeitraum von einem Jahr per Losverfahren zusammengestellt werden könnten und die in Fragen zum Themenbereich „Wie wollen wir zukünftig leben?“ von Verwaltung und Politik mitgehört und mitbestimmend eingerichtet werden. So ergäbe sich die Verzahnung der Bürger mit der Exekutive und Legislative zu wieder mehr Demokratie.

Das wäre doch eine Chance für den Landrat, seinen Vertrauensbonus bei der Bevölkerung noch weiter auszubauen, um den [Folgen der Coronakrise, die noch kommen](#), zu trotzen und sie gemeinsam bewältigen zu können.